

**GALLUS Liberty –
die bequemste Art,
einen modischen
Schuh zu tragen.**



GALLUS präsentiert Ihnen eine Auswahl aktueller Schuhmodelle. Aus feinstem Außen- und Innenleder. Fußgerecht und von hohem Tragekomfort. Übrigens, GALLUS Liberty gibt es auch in „Superweit“. Nehmen Sie uns beim Wort: in guten Fachgeschäften und den Fachabteilungen der Warenhäuser.

Die GALLUS Liberty-Vorteile auf einen Blick:

- ① **Liberty-Kugelferse.** Gleichmaßen haltgebend und abfedernd.
- ② **Liberty-Vollfußbett.** Abstützend und einer Überkorrektur vorbeugend.
- ③ Ganze **Leder-Decksohle,** feuchtigkeitsabsorbierend.
- ④ **Sanitized® ausgerüstet.** Antibakteriell und pilzhemmend.

**GALLUS
Liberty**

Freiheit für die Füße

GALLUS Herrenschuhe
D-4060 Viersen 11, Postfach 11 07 64
GALLUS Herrenschuhe
A-1080 Wien, Mölkegasse 4/11-12
GALLUS Herrenschuhe
CH-5432 Neuenhof/AG, Postfach 221

advisa CWA 9/91



Asylpolitiker Lafontaine: „Dann ändert sich null“

wenn sie schon im Lande sind, „unverzüglich“ heimschicken – wohl wissend, daß geltendes Recht dies verbietet. Aber mit konkreten Änderungsvorschlägen hält er sich fein zurück, das wäre dann „Aufgabe der Verfassungsjuristen“.

Deren Hilfe dürfte vorerst nicht benötigt werden. Denn letzte Woche tönte im sozialdemokratischen Stimmenchaos die Bundestagsfraktion mit einem Konzept, das auf Vereinheitlichung und Verkürzung der Verfahren zielt und den Gemeinden die Unterbringung eines beträchtlichen Teils der Flüchtlinge ersparen soll. Die Kernpunkte:

- ▷ Alle Asylbewerber werden zunächst in Gemeinschaftsunterkünfte eingewiesen, in denen sich die soziale Hilfeleistung im wesentlichen auf Naturalien und ein Taschengeld beschränkt;
- ▷ in einem Instanzenweg wird geprüft, ob flüchtlings- oder ausländerrechtliche Bleibegründe vorliegen, ob Abschiebungshindernisse bestehen;
- ▷ bei ablehnendem Bescheid bleibt dem Bewerber nur noch eine Gerichtsstanz, nach Möglichkeit ein Einzelrichter.

Auf diese Weise, so Fraktions- und Parteivizin Herta Däubler-Gmelin, könnten jene Fälle, in denen Asyl offensichtlich zu Unrecht begehrt wird, nach „maximal sechs Wochen“ mit der Abschiebung abgeschlossen werden. Den Entlastungseffekt für die Gemeinden schätzt die Vorsitzende der SPD-Asylkommission auf „30 bis 40 Prozent, wenn nicht mehr“.

Dieser Plan unterscheidet sich von den Beschlüssen der FDP nur in einem

Punkt: Die Genossen möchten die Zuständigkeit für die Gemeinschaftsunterkünfte und das zusammengefaßte Verfahren von den Ländern auf den Bund übertragen.

Schäuble meint, daß die jüngsten Vorschläge von SPD und FDP „am Ende nicht funktionieren“. Dennoch gibt er sich kompromißbereit. Angesichts der fortbestehenden sozial-liberalen Asyl-Koalition ist also ein Ergebnis des Gesprächs der Partei- und Fraktionsvorsitzenden mit Helmut Kohl schon klar: Eine Grundgesetz-Änderung wird es einstweilen nicht geben.

Sicher ist aber auch, daß die Union weiter darauf dringen wird. Der Kanzler hat seine Parteifreunde aufgefordert, die Sozialdemokraten in den Kreistagen und Gemeinderäten mit Diskussionen zum Asylthema vorzuführen.

▬ Friedensbewegung ▬

Von den Beinen

Der Bürgerkrieg in Jugoslawien verwirrt die Friedensbewegung: Es gibt kein klares Feindbild.

Die Uhrzeit ist symbolträchtig, der Platz gut gewählt. Trotzdem erscheinen, immer montags fünf vor zwölf, höchstens 15 Aktivisten zur Mahnwache vor der jugoslawischen Botschaft in Bonn-Mehlem, zu der die „Initiative für Internationalen Ausgleich und Sicherheit“ (Ifias) aufgerufen hat.

Mehr Leute kommen auch nicht, wenn die kirchliche Friedensgruppe „Ohne Rüstung Leben“ zu Mahnaktionen vor das Stuttgarter Schloß bittet. Selbst bei den „Frauen für den Frieden“, die sich sonnenabends an der Berliner Gedächtniskirche treffen, um „Frieden für alle Nationalitäten in Jugoslawien“ zu fordern; hält sich der Auflauf sehr in Grenzen. Gerade mal zehn Friedenskämpferinnen sammeln dann Unterschriften.

In den meisten deutschen Städten läuft noch weniger. Während im Südosten Europas der Krieg der Balkanvölker schon weit mehr als tausend Tote gekostet hat, ist die deutsche Friedensbewegung, einst die größte in Europa, stumm.

„Da ist ganz wenig“, gibt Manfred Stenner zu, Funktionär beim „Netzwerk Friedenskooperative“, der Nachfolgeorganisation des vormals mächtigen „Koordinationsausschusses der Friedensbewegung“ in Bonn. Eine „ausgesprochene Schlappe“ der Friedensszene beklagt auch Ifias-Sprecher Gerd Greune. Größere Demonstrationen wie noch im Juni, als beispielsweise in Stuttgart Tausende Kroaten, Mazedonier, Slowenen und Deutsche gemeinsam für den Frieden auf die Straße gingen, gibt es seit Monaten nicht mehr.

An Erklärungen, woher die Baisse in der Bewegung kommt, mangelt es nicht. Nun stelle sich heraus, meint Friedrich Bohl, noch Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und demnächst Chef im Kanzleramt, daß die Demonstranten gegen den Golfkrieg nur „benutzt wurden“, um in Wahrheit gegen die USA und die „Verteidigung von Freiheit“ zu agitieren. Ginge es auf dem Balkan „gegen den Weltpolizisten USA“, höhnte auch die rechte *Frankfurter Allgemeine*, „da wäre man so gleich auf der Straße“.

Selbst Linke aus der guten alten Apo-Zeit machen sich über das Schweigen der Friedensbewegung lustig. Christian Semler, 52, einst SDS-Strategie und militanter Vietnamkriegsgegner, verspottete in der alternativen *Tageszeitung* „die empfindsamen Seelen“ der Pazifisten, „deren menschliche Betroffenheit sich an- und abschaltet wie ein Thermostat“.

Die Veteranen der Friedensbewegung machen die allgemeine Verwirrung für ihre lasche Haltung verantwortlich. Eine „absolut neue Situation“ in einer Welt, die sich neu ordnet, sagt Klaus Vack, 56, vom „Komitee für Grundrechte und Demokratie“, habe die traditionelle Friedensbewegung „völlig von den Beinen gehauen“.

Vor allem die von Nationalchauvinismus durchsetzten Bestrebungen um Unabhängigkeit im Osten – nicht nur in Jugoslawien, sondern auch in der Sowjetunion – bringen die Welt der Pazisten durcheinander. Wohl herrscht in der

Szene Einigkeit darüber, daß der Krieg kein Mittel der Politik sein darf. Doch die moralische Erkenntnis allein setzt noch keine Protestmassen in Marsch. „Uns fehlt der Adressat“, weiß Friedensfunktionär Stenner.

Der Bewegung sind die liebgewonnenen Feindbilder abhanden gekommen.

Es sei, so Stenner, „nicht leicht, Partei zu ergreifen“, selbst das offenbar malträtierte Kroatien sei „unter friedenspolitischen Gesichtspunkten nicht astrein“. Bei ihm in Bonn riefen ratlose Friedensgruppen an, um zu fragen: „Was sollen wir denn machen?“

„Am liebsten verdrängen“ würde Hildegard von Meier von den Berliner „Frauen für den Frieden“ den Krieg im Südosten, auf den sie „kaum reagieren“ könne, „uns tobt der Golfkrieg noch im Körper“. Außerdem hätten die Berlinerinnen genug mit den „deutschen Trümmern“ der Einheit zu tun, von den undurchschaubaren Konflikten in der Sowjetunion ganz zu schweigen.

Doch ganz tatenlos sehen die deutschen

Pazifisten nicht zu. Vacks Komitee unterstützt Antikriegsgruppen in Jugoslawien, die, laut Vack, „sich in zunehmendem Maße einmischen“. Die Friedensfrauen sammeln Geld für „Frauenfriedensfaxe“ – zur Verbesserung der Telekommunikation zwischen den seit Wochen demonstrierenden „Müttern von



Friedensfunktionär Vack: „Absolut neue Situation“



Friedensfunktionär Stenner „Uns fehlt der Adressat“

Sarajevo“ und anderen Friedensinitiativen.

Und der Mindener „Bund für Soziale Verteidigung“ stellt dem slowenischen „Zentrum für die Kultur des Friedens und der Gewaltfreiheit“ aus den eigenen Reihen „Friedenstrainer“ zur Verfügung, die Journalisten und Politikern die Grundbegriffe „gewaltfreier Friedensfähigkeit“ beibringen sollen.

Anfang dieser Woche startet, mit deutscher Beteiligung, eine europäische „Friedenskarawane“ zu einer Tour durch Jugoslawien, um vor Ort „Solidarität mit den Menschen der Völker Jugoslawiens“ zu üben. Veranstalter ist die Helsinki-Bürgerversammlung, eine Art KSZE von unten, zu deren Gründern der tschechoslowakische Staatspräsident Václav Havel gehört.

„Überwältigend“ sei in der Bundesrepublik das Echo auf Spendenaufrufe für diese Karawane gewesen, rühmt Klaus Vack: „Wir fahren mit einem dicken Koffer Geld runter.“

* 1988 bei einer Protestdemonstration gegen Tiefflüge.